

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonntagen und Feiertagen nur morgens. Der Druckpreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Verkauf oder bei Einzelverkauf ohne Bestellgebühr monatlich 1,20 M., bei Zustellung unter Schriftband 1,40 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Ausgaben der Postzeitung für 1919 eingetrag.

Inserate kosten die wichtigste Nonparavergleichs- oder deren Name 1,20 M., Werbeanzeigen das (eingezeichnete) Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Einrückungspreis 50 Pf. Familien- und Vereinstimmungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19  
Druckerei: Kurt Roden 2505 und 2506

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Der Sieg des Kapitalismus.

## Wissells Rücktritt.

Nach den ausführlichen Mitteilungen der bürgerlichen Presse über die gestrige Kabinettsitzung und die Vorgänge hinter den Kulissen unterliegt es keinem Zweifel, daß der bevorstehende Rücktritt Wissells einen vollkommenen Sieg des kapitalistischen Wirtschaftssystems bedeutet. Die Wissellsche Planwirtschaft bedeutete selbst keineswegs etwa die Verwirklichung des Sozialismus; aber Wissell wird fortgeschickt, nicht etwa um die Wirtschaftspolitik in wirklich sozialistische Bahnen zu lenken, sondern um die Wiederaufrichtung der kapitalistischen freien Wirtschaft von allen Schranken zu befreien.

Die „Deutsche Tageszeitung“ atmet befriedigend auf; man dürfe diesmal bestimmt damit rechnen, daß unser Wirtschaftsleben von der Fürsorge Wissells und seines geistigen Nährvaters Möllendorfs befreit werden würde. Auch das „Berliner Tageblatt“ hofft mit Bestimmtheit, daß endlich mit der Beschränkung des Handels, insbesondere der Ein- und Ausfuhr, ein Ende gemacht werde. Das Blatt fordert, daß keine Wirtschaftsverbände und Außenhandelsstellen mehr gegründet werden sollen, daß sämtliche Rohstoffe für die Ausfuhr und sämtliche Fabrikate, mit Ausnahme der für die innere Versorgung zur Zeit noch entbehrlichen, für die Ausfuhr freigegeben werden. Nur für gewisse Luxusartikel und für gewisse Lebensmittel würde die Einfuhr noch nicht sofort freigegeben sein.

Da wir also mit vollen Segeln wieder in eine neue kapitalistische Epoche hineingelassen sollen, so verlangt das Blatt, daß Wissells Rücktritt nicht etwa ein Rechtssozialist, sondern eine „unpolitische Persönlichkeit“ werden solle. Und das Blatt hat schon den Kandidaten für den Posten bei der Hand. Es nennt den Geheimrat Dr. Wiedfeld, früher Professor der Nationalökonomie, jetzt Mitglied des Preussischen Direktoriums, für den Posten des Reichswirtschaftsministeriums, der sich im Kriege im Reichskanzlei des Innern, später im Reichswirtschaftsministerium höchst erfolgreich betätigt und sich jetzt bei der Friedensdelegation als „ältester Arbeiter“ gezeigt haben kann man besser erkennen, wozu das kapitalistische Bürgerrecht mit seinen Absichten zielt als durch die Aufstellung einer Kandidatur für das Reichswirtschaftsministerium, dessen Richtung den Kreisen der Großindustrie und der Großfinanz am ehesten willkommen wäre.

Der „Vorwärts“ hat bisher noch keine Silbe über den bevorstehenden Rücktritt Wissells gebracht. Er findet es nicht für nötig, seine Leser darüber zu unterrichten, daß die Pläne Wissells, für die das Blatt so begeistert ist, die Pläne Wissells, für die das Blatt so begeistert ist, erledigt sind, erledigt von den rechtssozialistischen Ministerkollegen zugunsten der freien kapitalistischen Wirtschaft. Das Blatt muß offenbar erst abwarten, welche Direktiven es von der Regierung über diese Affäre bekommen wird. Vorher darf es nicht wagen, eine Meinung darüber zu äußern. Es wird recht lustig werden, zu sehen, wie der „Vorwärts“ in kurzer Zeit verflucht wird, was er bisher gesegnet hat.

## Eine böse Geschichte.

Ein rechtssozialistischer Ministerpräsident als Hochverräter! Anklagen des „Vorwärts“!

Stille und höchst wunderbare Dinge gehen in Deutschland vor. Alles ist unternimmt. Wenn Arbeiter heute irgendwelche Forderungen stellen, Lohnrückstellungen oder gar eine Entschuldigungsumme verlangen, dann bedeutet das in Wirklichkeit die Absicht, erstens gewalttätig die Regierung zu stürzen, zweitens die Räterepublik zu errichten, drittens die Weltrevolution zu entfachen. Deshalb muß der Berliner sozialdemokratische rechtssozialistische Zentralverband in edler Geistesharmonie mit dem Bürgerpartei die Streikenden beschimpfen und die Bevölkerung gegen sie aufputschen, muß die Regierung die Vermittlung ablehnen und den Unternehmern ihre Unterstützung leisten.

Aber das ist noch lange nicht das Ärgste. Droht von unten Unsturz, so von oben Hochverrat. Doch der „Vorwärts“ macht. Rechtzeitig deckt er rücksichtslos das Komplott auf. Wir lesen da:

Die tschechische Republik des Herrn Dostin tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Eine neue Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches und besonders Preußens ist durch die Propaganda des böhmisches Ministerpräsidenten Ulrich für den Versuch, mit Hilfe der Franzosen und vor allem des General Mangin eine groß-böhmische Republik zu

gründen, entstanden. Diese Republik soll das gesamte Großherzogtum Hessen, Rheingebiet, Hessen-Nassau, die Rheinpfalz und das Herzogtum Württemberg bis hinauf nach Wehrhau umfassen. Darmstadt soll Hauptstadt werden, während Mainz an Stelle von Frankfurt a. M. zum Haupthandelsplatz erhoben werden soll. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Regierung energischen Protest gegen diese andauernden Versuche, neue Staaten von Preußen abzuzweigen, erhebt.

Wer ist dieser Ministerpräsident Ulrich, den der „Vorwärts“ mit dem unweiskhaften Hochverräter Dostin auf dieselbe Stufe stellt? Nun, niemand anders, als der alte böhmische rechtssozialistische Führer Ulrich, — zum Schimpf des Hochverrats hängt ihm der „Vorwärts“ auch noch ein zweites an — von dem wirklich nur ein Spitzel oder ein „Vorwärts“-Redakteur annehmen kann, daß er im Bunde mit den Franzosen Landesverrat betreibt. Das ist aber nicht das einzig Größte an dieser Weiskhaft. Noch schöner ist, daß der brave „Vorwärts“ offenbar alle Bestrebungen nach einer vernünftigen Neuerteilung Deutschlands, die natürlich auch den Bestand des alten Preußens verändern wird, einfach als Hochverrat denunziert. Fehlt nur noch, daß er verlangt, daß Herr Roske und Hessen den Krieg erklären und gegen Herrn Ulrich marschieren läßt.

Ja, so kommt es, wenn man seine Politik nur noch auf das Studium von Spitzelberichten aufbaut.

## Die gewöhnliche amtliche Irreführung.

Berlin, 8. Juli.

Von maßgebender Seite wird dem W. L. V. mitgeteilt: Die Behauptung, daß von ausländischer Seite in einer Verfassung die „ausgezeichnete Spitzelorganisation der Regierung“ gerühmt worden sei entspricht nicht den Tatsachen. Anhererseits versteht es sich von selbst, daß die verantwortlichen Stellen den Absichten des politisch feindlichen Berbrechertums vorbeugen.

Es ist bezeichnend, daß die amtlichen Stellen zu dieser verunglückten Irreführung der Öffentlichkeit zwei volle Tage gebraucht haben. Am Montag hat Herr v. Gerlach diese Kennerung in der „Welt am Montag“ mitgeteilt und erst heute antworten die amtlichen Stellen. Aber wie der Schlussatz der Verleumdung zeigt, mag die Regierung es ja überhaupt nicht abzutreten, daß sie diese „ausgezeichnete Spitzelorganisation“ hat. Im übrigen können wir es der Regierung vollkommen nachsichtigen, daß ihr dieses offene Bekenntnis eines ihrer überkritischen Jünger sehr unangenehm ist.

## Marg aus der Haft entlassen.

Eine rätselhafte Verhaftung.

Der Geschäftsführer der Bankbeamten, Marg, der gestern abend von zwei Kriminalbeamten in Begleitung von Soldaten verhaftet worden ist, ist bereits wieder aus der Haft entlassen worden. Er wurde sofort dem Untersuchungsrichter im Kriminalgericht vorgeführt, der ihn einem kurzen Verhör unterzog. Er wurde nach einstündiger Dauer ohne Angabe der Gründe, die die Ursache seiner Verhaftung bildeten, wieder freigelassen. Wie der „Allgemeine Verband der Bankbeamten“ dazu mitteilt, lautete der Haftbefehl, auf Grund dessen Marg verhaftet wurde, ursächlich auf Emonts. Dieser Name war aber mit Bleistift in Marg abgeändert.

Wie ferner der „Neuen Berliner Zeitung“ von der Staatsanwaltschaft I mitgeteilt wird, liegt über die Verhaftung von Marg bis zur Stunde noch keinerlei Meldung vor. Seinerzeit war gleichzeitig mit dem Haftbefehl gegen Emonts auch ein Haftbefehl gegen Marg erlassen worden. Dieser Haftbefehl kam aber nicht zur Ausführung und wurde später wieder aufgehoben. Kurz darauf wurde Marg zu einem Verhör vorgeladen. Man ließ ihn aber, nachdem er seine Auslagen gemeldet hatte, unbehelligt nach Hause gehen. Wenn tatsächlich ein Haftbefehl gegen Marg vorliegt, so hängt er jedenfalls nicht mit seinen sozialen Bestrebungen zusammen, sondern sei auf eine private Angelegenheit zurückzuführen.

Sehr einleuchtend ist diese Begründung nicht, und zurecht wohl noch viel weniger. Aber kommt es darauf auch noch an? Die G. R. Sch. D. kann jeden Menschen verhaften auch ohne Grund, und daß sie das tut, dafür ist der Fall Marg ein neuer Beweis.

## Der Rätelkongreß in Wien.

Von Julius Braumthal (Wien).

### I. Die Organisation der Arbeiterräte.

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschlands, die in der vorigen Woche im Abgeordnetenhaus tagte, war eines der bedeutendsten politischen Ereignisse in der Geschichte der deutschösterreichischen Revolution.

Die Institution der Arbeiterräte in Deutschösterreich ist die Frucht der großen politischen Streiks in den Jänner-tagen im Jahre 1918. Der Jännerstreik war eine gewaltige Solidaritätskundgebung mit der russischen Revolution, die vom habsburgischen und habsburgischen Imperialismus auf das schwerste bedroht war. Damals bildeten sich in Wien und in einigen Städten Niederösterreichs noch dem Vorbilde des russischen Proletariats spontan Arbeiterräte, die jedoch nur vorübergehend politische Wirksamkeit erlangten.

Diese Arbeiterräte hatten durchaus sozialdemokratischen Charakter, und als in den stürmischen Wochen der Staatsumwälzung die sozialdemokratische Partei mit allen ihren Kräften bestrebt sein mußte, das deutschösterreichische Proletariat vor dem Untergange zu bewahren, war einfach nicht die physische Möglichkeit gegeben, an den planmäßigen Aufbau der Arbeiterräteorganisation zu scheitern. Wohl trat der Wiener Arbeiterrat häufig zu Konferenzen zusammen, um die politische Taktik der Sozialdemokratie zu bestimmen. Aber erst in den Märztagen, unter dem Drucke der stürmischen revolutionären Bewegungen in Deutschland und der Proklamierung der Räterepublik in Ungarn, gedrängt — und dies sei freimütig eingestanden — durch die Kommunisten, wurde die erste Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs einberufen, die sich die Organisation der Arbeiterräte zur Aufgabe stellte. Die Organisation der Arbeiterräte ist nun nahezu völlig gelungen. Die Wahlen zu den Arbeiterräten haben sich in Deutschösterreich, wenn gleich auch langsam, so doch in größter Ordnung und größtem Umfang vollzogen. Die Konferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs stellt die nahezu restlose Vertretung des Proletariats dar und spiegelt vollendet ihren politischen Willen.

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs hatte drei Aufgaben zu erfüllen: Sie hatte die Organisation der Arbeiterräte zu schaffen, die Richtlinien der proletarischen Politik festzulegen und die Aufgaben der Arbeiterräte in möglicher Klarheit zu umreißen. Die Verwirklichung dieser Aufgaben, der sie sich in einer dreieinhalbtagigen Verhandlung mit überaus großem Ernste unterzog, erbrachte den Beweis ihrer außerordentlichen Lebensfähigkeit. Die Klärung der Fragen, die diese Arbeit auslieferte, vollzog sich in einer Auseinandersetzung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten.

Die bedeutendste Erscheinung des Kongresses war die Tatsache, daß die Einheitsfront des Proletariats nahezu ungebrochen ist. Wie in fast allen Ländern, so führte auch in Deutschösterreich die Stellung der Sozialdemokratie zur Kriegfrage zu einer schmerzlichen Erschütterung des Parteigefüges. Dank des historischen Zufalls, daß die Partei erst im letzten Kriegsjahre dazu berufen wurde, vor aller Öffentlichkeit im Parlament ihre Stellung zum Kriege zu manifestieren, zu einer Zeit also, als bereits die Klärung der widerstreitenden Meinungen infolge der eindeutigen geschichtlichen Erfahrungen zu einem Siege des linken Flügels der Sozialdemokratie geführt hatte, wurde die verhängnisvolle Spaltung der Partei vermieden. Die Arbeiterklasse, deren Klassenbewußtsein durch die Sozialdemokratie organisiert ist, trat in ungebrochener Geslossenheit in die Revolution ein. Die Probleme der Revolution sind in Deutschösterreich überaus eindeutig bestimmt. Die Taktik der Partei ist das Resultat der tatsächlichen Machtverhältnisse, die mit seltener Anschaulichkeit jedem Arbeiter bewußt sind. Es gelang der Sozialdemokratie, das Maximum des Erreichbaren für die Arbeiterklasse aus der Revolution zu pressen und somit jede ernsthaftige Erschütterung des Parteigefüges zu vermeiden.

Die kommunistische Partei, die in den Novembertagen begründet wurde, ist das Werk von Mägen und Göttern, die, von einigen wenigen Genossen abgesehen, der Partei früher nie angehört und die Erkenntnis des Sozial-

demus erst im Laufe der Staatsentwicklung in Österreich empfangen hätten. Die kommunistische Partei Deutschlands — und dies muß mit allem Nachdruck unterstrichen werden — ist nicht, wie in allen übrigen Ländern, die der Sozialdemokratie erwachsen, sondern aus dem Kampfboden der angehäuferten Verzweiflung, den der an Leib und Seele so viele Kriege geschaffen hatte. Deshalb gelang es den Kommunisten auch nicht, ernsthaft Wurzel im Proletariat zu schlagen. Dies beweisen nicht nur allein ihre verunglückten Aktionen am 15. Juni und den darauffolgenden Tagen, die von den 24 Millionen Österreichern kaum ein paar Tausend auf die Straße brachten, sondern vor allem mit einer für die Kommunisten erschütternden Deutlichkeit das äußere Bild des Kongresses selbst, in dem ein Häufchen von jungen Intellektuellen, jugendlichen Doktoren und Mittelsküllern aus Wien der großen erfahrenen Arbeitermasse der Delegierten aus Böhmen und dem übrigen Reich gegenüberstanden. Von einzelnen, sporadischen Äußerungen einiger Provinzdelegierter abgesehen, die kaum in prinzipieller, sondern eher in Temperaments-Ebene mit den Kommunisten stehen, stand der ganze Kongress geschlossen und einmütig zur Sozialdemokratie, die schlechtweg die Organisation des Proletariats darstellt. Somit können die Grundgebungen des Kongresses als die Grundgebungen des Proletariats gewertet werden, die ihr Echo im letzten Fabrikdorf im ganzen Reich finden werden.

Vor der Kongress in die politische Debatte trat, mußte er seine Organisation formell begründen. Da das Proletariat gewillt ist, die Institution der Arbeiterräte zu einem Instrument des proletarischen Kampfes zu schmieden, so bestimmte das Organisationsstatut der Arbeiterräte:

Die Arbeiterräte sind eine Klassenorganisation des Proletariats. Sie sollen den Willen und die Macht der Klassenbewußten Arbeiterklasse, die in der Befreiung der sozialistischen Produktionsweise das Ziel und im Klassenkampf das Mittel ihrer Emanzipation erkennt, verkörpern. Die Arbeiterräte sind daher ein Instrument gemeinsamer Aktion des Proletariats aller Richtungen innerhalb des Sozialismus.

Die Arbeiterräte sollen eben ein Instrument des Klassenkampfes und nicht der Boden der politischen Verwirrung sein. Nach diesem Statut ist es eben ausgeschlossen, daß in den Arbeiterräten Personen anderer Klassenlage und anderer Klassenwillens vertreten sind als Proletarier, erfüllt vom Willen zum Sozialismus. Deshalb wurde auch bestimmt, daß nur jene Arbeiterratsmitglieder wählbar sind, die mindestens ein halbes Jahr einer sozialistischen Partei und ihrer Verfassungskommission angehört haben. Doch Arbeiterratsmitglieder nur manuelle und geistige Arbeiter, Arbeiter-Gehilfen, inbegriffen den jugendlichen Arbeiter, so Frauen, und daß Privateigentümer eines Betriebes in demselben weder das aktive noch das passive Wahlrecht besitzen, gehört zur natürlichen Voraussetzung dieser Institution.

Die Grundlage des Aufbaus der Organisation der Arbeiterräte bilden die Betriebe. In den Groß- und Mittelbetrieben und in den Versammlungen der Klein- und Feinbetriebe und der Einzelarbeiter, ferner der Heimarbeiter, Arbeitslosen und Invaliden eines Ortes (in Wien eines Bezirkes) finden die Wahlen statt. In ähnlicher Weise wählen die Hausangehörigen, die proletarischen Hausangestellten und die proletarischen Hausfrauen, ferner die geistigen Einzelarbeiter, die proletarischen Pensionisten, die landwirtschaftlichen Arbeiter, Kleinbauern und Gärtler; die landwirtschaftliche Gruppe bis zur Bildung sozialistischer Bauernräte. Der Zutritt zur Wählerversammlung der Arbeitslosen und Invaliden ist nur gegen Vorweisung der amtlichen Arbeitslosenkarte und des Nachweises der totalen Invalidität gestattet.

Durch diese Fassung des Organisationsstatuts ist die Gewähr gegeben, daß die gesamte werttätige Bevölkerung durch die Organisation der Arbeiterräte ergriffen wird. Die Arbeiterräte gliedern sich in Wien in Bezirksarbeiterräte und außerhalb Wiens in Ortsarbeiterräte, dann in Kreisarbeiterräte, die das Zusammenwirken der Bezirksarbeiterräte

ermöglichen, in Bundesarbeiterräte für die Länder und in den Reichsarbeiterrat für das ganze Deutschösterreich, dem die letzte Entscheidung in allen Fragen der Arbeiterräte und der politischen Haltung des Proletariats zufällt. Der Reichsarbeiterrat wählt aus seiner Mitte einen aus 24 Mitgliedern bestehenden Reichsvollzugsausschuß, dem die Führung der laufenden Geschäfte und die Entscheidung bei unaufschiebbaren Aktionen zufällt.

Um die Verbindung der Arbeiterräte mit allen Organisationen des Proletariats zu sichern, ist den Arbeiterräten das Recht gegeben, Mitglieder aus den Organisationen der Arbeiterklasse zu kooptieren. Auch die kooptierten Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten, wie die direkt in Wahlen gewählten Mitglieder des Arbeiterrats. Uebrigens haben die sozialistischen Mandatare in Gemeinde, Land und Stadt, sofern sie nicht ohnedies gewählt oder kooptiert sind, zu dessen Verhandlungen als Gäste Zutritt, um über die Wünsche des Arbeiterrats auf dem Laufenden zu bleiben.

Mit diesem Organisationsstatut ist nun das Verhängnis gegeben, das das gesamte Proletariat im Reich zu empfangen vermag, und in dem schließlich reagierende, unmittelbar in der Arbeitermasse in den Fabriken, Kontoren, Kasernen und Bauerngehöften wurzelnden Arbeiter, Soldaten- und später Bauernräte sind die lebendigen Organe gegeben, jeden Wandel des proletarischen Willens zur unmittelbaren Geltung zu bringen. Der Arbeiterrat, als die Vertretung des ganzen werttätigen Volkes, verbürgt die Erhaltung der Einheitsfront des Proletariats. So wenig es denkunmöglich ist, daß die Arbeiterschaft durch gewaltige außenpolitische Ereignisse eine entscheidende Wendung ihrer politischen Taktik herbeiführt, so gewiß ist, daß die Kommunisten mit Aktionen, die sie — wie bisher — gegen den Arbeiterrat unternehmen, von vornherein mit dem Fluche des Unberühmten belastet sind. Vorläufig — und dies hat der Märkongress mit unabweislicher Klarheit bewiesen — hat die Sozialdemokratie unbestritten die Führung des deutschösterreichischen Proletariats inne, die ihr niemals, wie es wohl im geheimen die Kommunisten erträumen, durch Ueberrumpelung entrisen werden kann.

### Sittlich an die Offiziere.

Der kommandierende General des Reichswehrgruppenkommandos I von Bittkowitz hat an die Offiziere seines Korps einen Befehl erlassen, worin er sie ermahnt, bei der „Aufrechterhaltung geordneter Zustände“ mitzuwirken. Die Ereignisse in der letzten Zeit hätten dem Offizier die Ausübung seines Berufs bis an die Grenzen des Möglichen erschwert, aber das Vaterland gehe zugrunde, wenn jetzt der Offizier kleinmütig seinen Degen gebreche. Undank und Mißgunst einer gewissenlosen Hebe dürften den Offizier nicht veranlassen, von seinem Wege abzuweichen. Das deutsche Offizierskorps müsse bleiben und wieder werden, was es für die ganze Welt gewesen sei: ein Muster einfacher und treuer Pflichterfüllung. In dem Befehl heißt es weiter:

Die in das Heer getragene Politik hat schweren Schaden angerichtet. Sie hat hier und da politische Auffassungen hervorgebracht, vor deren Gefährlichkeit nicht genug gewarnt werden kann. Die Ansicht, daß nur durch den bolschewistischen Terror das Volk wechsellüftung und zur Bestimmung zu bringen, daß nur so der Weg zu normalen und erträglichen Verhältnissen zu finden sei, mag in verzweifelter schwachen Herzen finden. Unverständlich aber ist eine solche schwächliche Anschauung bei einem Offizier, der Jahre hindurch sein Leben freudig für das Vaterland aufs Spiel gesetzt hat. Sie ähnelt der beschämenden Leichargie, die viele Kreise unseres Volkes erfährt hat und die einen großen Teil der Schuld an den jetzigen Verhältnissen trägt. Mit aller Kraft muß jeder einzelne sich dagegen stemmen, um unserm Vaterlande das Reinste zu erhalten.

Die „Tägliche Rundschau“ begleitet diesen Befehl mit der bewundernden Bemerkung, daß das dieselben Offiziere seien, die tagaus tagein deswegen beschimpft würden, weil sie solche Grundfälle hätten und nicht gewissenlos wie streifende Arbeiter seien. Der Vergleich des all-

seitigen Mottes trifft hart. Die Arbeiter hätten durch die Verwirrung ihrer Arbeitskraft ihre Forderungen durchzusetzen. Die Herren Offiziere dagegen wollten die Kanonen, Maschinengewehre und Handgranaten nehmen, als sie der Regierung den Dienst im Falle der Unterzeichnung des Friedensvertrages ausliefen. Die deutsche Volk hätte kein größerer Dienst geleistet werden können, wenn die Offiziere nur daselbst hätten tun wollen, was streifende Arbeiter tun, nämlich einfach ihre Waffen einzustellen. Leider haben sie das aber nicht getan, denn wußten ganz genau, daß sie ihren Einfluß nur noch mittels der Gewalt aufrechterhalten können, nur noch solange, wie ihnen die Militärmaschine zur Verfügung steht. Das ist übrigens das Beispiel des deutschen Offizierskorps für die ganze Welt bedauerlich, das erleben wir gerade jetzt; dem deutschen Volk hat der deutsche Militarismus den Haß der Völkern und die Verachtung aller anderen Völker entgegen.

### Klerikaler Sieg.

Triumphierend meldet heute die „Germania“: „Gloss der Kritik, die über die kirchliche Welt bereits im Reich gemacht hatten, können wie heute die Tatsache bezeugen, daß die in der vorhin besprochenen Verhandlungen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten über die Schulfrage zu einem Abschluß gelangt sind. Das Ergebnis trägt, wie es bei der ganzen Sache nun einmal nicht anders sein kann, alle Merkmale eines Kompromisses an sich. Diese Befriedigung bringt es keiner der beteiligten Parteien ein anderer Ausweg war im Hinblick auf die scharfen kulturellen Gegensätze zwischen Zentrum und Sozialdemokratie von vornherein nicht zu erwarten. Die Abmachungen gehen dahin, die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Schulen nicht geändert werden sollen, daß also die konfessionelle Erhaltung bleibt, daß ferner der Religionsunterricht seinen im Lehrplan behalt, ohne jedoch obligatorisch zu sein. Eine gültige Regelung in eingehender soll die ganze Schulfrage eines Reichsschulgesetzes finden, von dem wir hoffen, daß es nicht nur der konfessionellen Wahrung unseres Volkes allgemeine, sondern auch den unabweislichen Bedürfnissen der Diözesan-Verhältnisse gerecht werden wird.“

In weiteren Einzelheiten verdient aus dem Kompromiß noch hervorgehoben zu werden, daß die Möglichkeit der Errichtung von Privatschulen bestehen bleibt, wobei die Schulfrage nicht aufgeworfen werden darf, nur die Erfüllung gewisser technischer Voraussetzungen soll verlangt werden. Private Volksschulen sollen aber nur errichtet werden, wenn sonst konfessionelle Minderheiten nicht zu ihrem Recht kommen würden. Für die Festhaltung des bestehenden Zustandes ist der Zeitpunkt der Verabschiedung der Verfassung maßgebend.

Wie wir weiter erfahren, hat das Kompromiß die Zustimmung des Kultusministers Hoensch. Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion ist zur Stunde noch nicht bekannt.

Wir haben vorausgesetzt, daß es bei der Fällung des Kompromisses in der Schulfrage zu einem solchen Kompromiß kommen wird. Aber noch diesem Triumphgeklänge der „Germania“ kleint es sich kaum mehr um einen Kompromiß, sondern um einen vollen Sieg der Klerikalen zu handeln. Die gegenwärtigen Verhältnisse, d. h. also die konfessionelle Schule und der Religionsunterricht, bleiben erhalten. Die Forderungen der Klerikalen sind also restlos erfüllt. Herr Hoensch hat natürlich bereits zugestimmt, was von diesem Menschen, dem die Ministerwürde den schwersten Kopf hollends verdreht hat, auch gar nicht anders zu erwarten war.

Der „Vorwärts“ hat bisher in dieser Frage nachgeschwiegen, wie er überhaupt in allen wichtigen Fragen erst reden darf, bis die Herren Minister entschieden haben. Der Beschluß der rechtssozialistischen Bundtagsfraktion ist noch aus. Die „Germania“ freilich scheint ihrer Sache ganz sicher zu sein. Stimmt die rechtssozialistische Bundtagsfraktion dieser Abmachung zu, so ist damit der Kampf um die Befreiung der Schule von den Rechtssozialisten gütlich aufgegeben und ihre Politik endet auch da mit dem vollen Bankrott.

### Der Nährwert der Kartoffel.

Neber den Nährwert der Kartoffel hat kürzlich der bekannte Berliner Forscher Geheimrat Rudner verschiedene Versuche angestellt, die, wie er im „Archiv für Physiologie“ mitteilt, zu sehr beachtenswerten Ergebnissen geführt haben. Vor allem ist die Tatsache wichtig, daß der Zellmembranengehalt der trockenen Kartoffel nur 0,50 Proz. beträgt, so daß die Kartoffel in dieser Hinsicht einem zu 90 Proz. ausgemahlten Mehl gleichkommt und die Verdauungsmöglichkeit der Kartoffel demnach viel günstiger ist als die des Roggenbrotes. Der bei so vielen Vegetabilien sehr große Gehalt von Rohfasern beträgt bei der Kartoffel — im Mittelwert angenommen — nur 0,91 Proz., ist also ebenfalls verhältnismäßig gering. Nur die Bindensubstanz der Kartoffel enthält viel Rohfaser; da sie aber, ausgenommen bei den unsern Brot zugehörigen Kartoffelvarietäten, gewöhnlich nicht mitgekaut wird, kommt dieser Gehalt weniger in Betracht. Es versteht sich jedoch von selbst, daß die Zusammenfassung der Kartoffel und damit ihre Verdaulichkeit bei den einzelnen Sorten sehr verschieden sein kann, indem sie z. B. auch sehr von der jeweiligen Bodenbeschaffenheit abhängt.

Nur den Nährwert der Kartoffel ist so ziemlich in erster Linie das Verhalten der Zellmembranen maßgebend, die indes, nach Rudners Untersuchungen, in diesem Falle ein sehr gut verdaulicheres Material darstellen, weshalb die Kartoffeln auch leichter verdaulich sind als beispielsweise die Roggtrüben. Es hat sich gezeigt, daß sich bei dem Verdauungsprozeß alle Bestandteile der Zellen gleichmäßig auflösen, und daß auch die in der Zellmembran enthaltenen sog. Pentosane sehr gut aufgenommen werden können. Aus diesem Grunde ist denn auch die Menge der Stoffwechselprodukte verhältnismäßig sehr gering, und zwar sogar viel kleiner als die Mengen, die sich aus den Auscheidungen noch dem Gehalt an Rohfasern, Wiesing, Kohlrüben und Obst ergeben. Was an der Kartoffel ganz unverdaulich ist, beträgt nicht mehr als 2,8 Proz. der Zuckers, ist also gering, mindestens im Vergleich zu unserm Brot. Bei der Verdauung des Brotes beträgt der Anteil der Zellmembran an den Auscheidungen nämlich bis zu 30 Prozent, bei der Kartoffel dagegen nur 2,7 Prozent, weil die Kartoffel-Zellmembran sich viel leichter löst als die des Brotmehl. Das Brotmehl liefert Roggenbrotes kann vom menschlichen Körper denn auch nur mit 1,7 Prozent und das Mehl des Weizenbrotes mit 0,81 Prozent ausgenutzt werden, während dieser Verlust bei der

Kartoffel nur 0,58 Prozent beträgt. Im allgemeinen beträgt die Verdaulichkeit der ausgewonnenen Kalorien beim Roggen 11,70 Prozent, beim Weizen 11,12 Prozent und bei der Kartoffel 6,58 Prozent.

Diese Zahlen bleiben aber natürlich nicht so günstig, wenn man die Kartoffel beispielsweise mit nicht ohne Grund ausgemahltem Mehl vergleicht, das oft nur 4 Proz. Verlustprodukte enthält, ein Prozentsatz, der bei der Kartoffel bisher erst ein einziges Mal nachgewiesen worden konnte. Wird das Kartoffelmehl zum Backen verwendet, so sinkt die Verdaulichkeit etwas herab; es scheint also, daß der vorherige Backprozeß die Auslösung und Ausfällung der Kartoffel-Zellmembran durch den Verdauungsapparat erschwert. Ungeachtet ihrer weitgehenden Verdaulichkeit sind die Kartoffeln aber doch auf keineswegs ganz verdaulich, wie Hindbeere, der vielgenannte baltische Kartoffelapfel, neuerdings wieder behauptet; denn sowohl die Pentosane als auch die Zellmembranen sowie die Stärke- und Ureweibestandteile hinterlassen, wenn auch wenige, so doch gewisse Mengen unverdaulicher Rückstände. Hoffentlich kommen wir von der Kartoffel wieder zu einer besseren gemischten Ernährung!

### Staatsbheater — Volkstheater.

Eine betrübliche Erklärung der Eintrittspreise in den Staatstheatern soll mit Beginn der neuen Spielzeit durchgeföhrt werden. Ernhaus wird der billige Platz (4. Rang, Stehplatz) 8 M., der teuerste (Große Premenloge) 31 M. kosten. Dann folgen die Preise ab: 20, 21, 10, 18, 17 (Parterre), 18, 9 und 8 M. Im Schauspielhaus wird der billige Platz (Katakomben) auf 2 M. festgelegt, der teuerste (Große Loge, Mitte) auf 20 M. Dagegen gibt es Plätze für 15, 12, 11, 9, 7, 4 und 3 M. Die Abdomenpreise sind durchweg auf 15, 12, 11, 9, 7, 4 und 3 M. im Durchschnitt erhöht worden. Wenn die Vertheuerung schon unumgänglich war, so hätte man wenigstens die billigen Plätze (die schon teuer genug waren) davon frei lassen müssen, wenn man sich der sozialen und kulturgeschichtlichen Pflichten der Staatstheater bewußt gewesen wäre. Auch die Theaterfrage hebt trotz der Revolution leider noch ganz in kapitalistischen Pflichten, und der Besuch der Oper ist den Unbemittelten und Mittelbemittelten heute leider ganz unmöglich. Das muß anders werden! Die Staatstheater müssen zu allererst Volkstheater werden.

### Kulturelle Freiheit und Organisation.

Die in Kölnsburg a. T. zu einer Tagung versammelte Vertreter des Deutschen Bühnen-Vereins, der Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten und der Vereinigung der Bühnenarbeiter hatten an dem von ihnen angenommenen Reformvorstoß fest und bilden zu dessen Durchführung und Ausgestaltung eine Tarif- und Arbeitsgemeinschaft. Sie erbitten in dem selben Zusammenschluß aller Theater-Mitglieder den festen Weg zu einer gedeihlichen Fortentwicklung der deutschen Bühne auf künstlerischem wie sozialem Gebiet. Ohne der Persönlichkeiten hemmende Schranken zu setzen, glauben sie, daß die künstlerische Freiheit nur gesichert ist, wenn die wirtschaftlichen Interessengruppen die Befreiung individueller Willkür, durch die Aufhebung bindenden egle für den Geschäftsbetrieb und durch die Befreiung von obligatorischen Schiedsgerichten ausgeglichen werden.

### Die neue Briefmarkenscharde.

Die Abgeordneten Dr. Rießer und Dr. Weidmann haben in der Nationalversammlung eine Anfrage über die Briefmarken eingereicht, die zur Erinnerung an diese Tagung von der Reichspost ausgegeben werden sind. Vielleicht ist es ein Zeichen auf die Nationalversammlung, die als politische Gebilde ungefähr auf demselben Niveau steht, wie die „Germania“ des „neuen“ Deutschlands. Die neue Marke 10 Pf. zeigt einen roten Mann, die braunblaue 15 Pf. einen blauen Mann oder Zweige und die grün-weiß-rote 20 Pf. einen stehenden Jüngling mit einem Weizen. Ohne jedes Gefähr für Raum, Linie und Fläche zeigen diese für den Landbesitzer bestimmten neuen Briefmarken, daß das alte Deutschland auch in der Kunst den unglücklichsten und verkommensten Völkern nicht an Kunst, die Welt blamiert. Es scheint es wahrscheinlich nicht an Künstlern, die besserer und zahlreicher bedürfen.

Paul Deussen ein Jugendfreund Ruders, ist im 76. Lebensjahre gestorben. Als Professor der Zoologie und Theologie hatte er sich nach dem Studium Schopenhauers mit Anbruch der altindischen Metaphysik beschäftigt.

# Schutz für Kriegsanleihebefitzer.

Uns wird geschrieben:

Die Regierung Bauer-Erzberger schickt sich jetzt an, den Wechsel einzulösen, den die bürgerliche Regierung seinerzeit zugunsten der Käufer der Kriegsanleihen ausgestellt hat. Sie leistet soeben die Gründung eines Finanzkonjunktions in die Wege, das die Aufgabe hat, den Börsenkurs der Kriegsanleihen vor weiterem Sinken zu bewahren und, wenn möglich, wieder zu heben. Das letztere ist ihr schon in überraschender Weise gelungen. Noch ehe das Konjunktions seine Tätigkeit begonnen hat, ist auf die bloße Ankündigung hin der Kurs von 72 auf 80 Prozent gestiegen. Darüber große Freude an der Börse, die, entsprechend ihrer feinen Bitterung für kommende Dinge, rechtzeitig vorgekauft hat. Diese hat also alle Veranlassung, den finanziellen Fähigkeiten der neuen Regierung Vorschlag zu spenden. Ob auch die breite Masse des Volkes, darüber was eine kurze Unternehmung am Platze sein.

Doch viele kleine Leute ihre Ersparnisse in Kriegsanleihe angelegt haben, steht fest, und eine Aktion, die das Ziel hat, deren Ansprüche zu sichern, wäre allenfalls diskutabel. Der vorliegende Plan ist aber weit „größlicher“. Er will die Gesamtheit der Anleihebefitzer schützen das heißt also die Kriegsgewinne, die heute die handliche Form eines dauernden Zinsanspruches an die Gesamtheit angenommen haben, vor jeder Schwächung bewahren. Der Umstand, daß sich in der Gesellschaft der Großhändler und Kommerzienräte auch der Arbeiter Albert Lehmann und der Nachwächter Friedrich Schulze befinden, muß diesen Plan den gemeinnützigen Zinsen verleihen.

Die Sache ist so gedacht: Das geplante Finanzkonjunktions an deren Spitze die Reichsbank steht, hat die Aufgabe, die von verängstigten Besitzern angebotenen Kriegsanleihen aufzukaufen und nach einem bestimmten Schlüssel an die Mitglieder aufzuteilen. Eine Bank, deren Anteil auf 100 Millionen bemessen ist, würde hiernach verpflichtet sein, Anleihen in dieser Höhe dem Konjunktions abzunehmen. In Wirklichkeit ermäßigt sich diese Verpflichtung auf den zehnten Teil, und zwar dadurch, daß die Bank berechtigt ist, neun Zehntel des auf sie entfallenden Betrages bei der Darlehnskasse gegen günstige Bedingungen zu verpfänden. So scheint auch hier wieder die Sache auf jenen verhängnisvollen Kreislauf hinauszulaufen: Vermehrung der Umlaufmittel — zunehmende Teuerung — ungenügende Löhne — Kämpfe um deren Erhöhung. Die Reichsbank als Streifbegerin!

Es entsteht nun die Frage, warum man sich denn den Umweg über das Bankkonjunktions macht, das sich doch seine Bemühungen selbstverständlich anständig bezahlen läßt, und nicht einfach ein Geleht erlöst des Inhalts: Jeder Besitzer von Kriegsanleihen hat das Recht, seine Baviere auf Grund des jeweiligen Börsenkurses gegen Darlehnskassenscheine umzuwechseln? Wir werden sofort sehen, welche Vorteile das gewählte System hat. Die Reichsbank weiß natürlich ganz genau, welche schweren Nachteile die weitere starke Vermehrung des Notenumlaufs hätte. Dementsprechend bildet es die zweite Aufgabe des Konjunktions, die zur Stützung an der Börse aufgenommenen Beträge nach Möglichkeit wieder im Publikum unterzubringen. Die Banken sind die gegebenen Vertrauensmänner des Publikums bei der Wahl seiner Vermögensanlage. Sie werden nicht zögern, ihre Ueberredungskünste zugunsten der Kriegsanleihen aufzubieten, falls ihnen deren Abzug Vorteile bringt. Die Bedingungen des Konjunktions sind nun so gehalten — Einzelheiten interessieren an dieser Stelle nicht — daß man der tatkräftigen Unterstützung der konjunktionalen Mitglieder bei der Wiederunterbringung der Kriegsanleihen sicher zu sein glaubt, so daß man hofft, die Notendrucke für den gedachten Zweck nicht allzuweit überanstrengen zu müssen. Nicht untergeordnete Beträge nimmt ihnen die Reichsbank noch Auffüllung des Konjunktions in etwa fünf Jahren zum Einstandskurs wieder ab. Also ein ziemlich riskoloses Geschäft!

Ist das Ganze nicht genial ausgedacht? Das ist es in der Tat, und zwar in einem noch viel höherem Grade, als der Laie ahnt. Es ist natürlich Sand in die Augen gestreut.

In Indien, das er bereist hatte, wurde er wegen seiner Güte und Weisheit auf Grund der Vedantalehre, die er ins Deutsche übertrug, hoch verehrt. In Deutschland waren seinem Wirken akademische Schranken gesetzt, aber seine „allgemeine Geschichte der Philosophie“ seine kritische Gelamtausgabe Schopenhauers und seine Nachdichtungen der indischen Poesie und Gedankenwelt sichern ihm auch in weiteren Kreisen bleibendes Gedenken.

Die Lesefasche für Landstreicher. In Rishni-Nomporod besteht eine Besatzung für den in russischen Romanen häufig geschilderten Typus der Wozhosen, der Wozhosen oder Landstreicher. Sie ist vor etwa 20 Jahren auf indische Kosten neben dem Rastahsi gegründet worden und eroberte sich in kürzester Zeit die Sympathie der Armen und elendesten Vagabunden. Die Halle ist für sie ein Bildungszentrum, ein Ort in einer anderen Welt. Rinder, Geisse, Engländer, Arbeitslose, Kriegsinvaliden, alle sitzen sie da auf Stühlen, auf der Diele, auf Bänken, stehen oder lehnen an der Wand im engen Raum. Sie lesen mit äußerster Hingebung, sie vergessen Zeit, Raum und Hunger. Die Leute wählen nicht nach dem Katalog, sie nehmen das erste beste Buch oder lassen sich vom Einband, einem Wille auf dem Deckel oder einem lodenden Titel bestimmen. Der Andrang ist immer, im Winter und Sommer und zu allen Tageszeiten so groß, daß schon längst weitere Räume hätten geschaffen werden müssen. Aber die finanziellen Verhältnisse der russischen Stadt sind schlecht, und es ist bei einem dürftigen Zimmer geblieben.

Waldwolle, wird ein Erzeugnis genannt, das aus den Nadeln verschiedener Bäume, namentlich von Kieferarten gewonnen wird, während die Nadeln von Fichten, Tannen und Eibettannen sich weniger dazu eignen. Diese Waldwolle läßt sich aus verespinnen, meist in Mischung mit echter Wolle oder auch mit Kunstwolle, oder sie wird zu Füg verarbeitet. Auch gibt eine Mischung der Waldwolle mit Hanf, Flachs oder anderen Nadeln brauchbare Töne oder Bindfäden.

Professor Dr. Wasmuht sendet uns auf den Artikel des Herrn Professor Dr. Orth betreffend die Behauptung der Archäologen, eine längere Erwiderung die sich gegen die Behauptung der Schädlichkeit seines Mittels wendet und betont, daß es noch nicht einmal in den Verkehr gebracht worden ist.

Ja, man kann sagen, aufgelegter Schwindel, wenn bei dem „berühmtesten Zustand unserer Finanzen“ (Zitat aus der ablehnenden Antwort des Eisenbahnministers an die Eisenbahner) der Dessenlichkeit vorgepiegelt wird, man könne die Verzinsung der 100 Milliarden Kriegsanleihen und der weiteren 70 Milliarden Schatzwechsel gewährleisten. Die Banken selbst lachen im Stillen über eine solche Idee, noch dazu, wenn sie sich erinnern, daß nach dem Friedensvertrag die Entente für ihre Forderungen das Vorrecht auf die deutschen Einnahmen besitzt. Der ganze Plan läuft also letzten Endes darauf hinaus, die große Schaar der Unwissenden und Vertrauensseligen zum Kauf der Anleihen zu gewinnen, die ihnen von den Wissenden aufgebängt werden. Die ersten, die sich beeilen werden, die Vorteile des Aufnahmekonjunktions wahrzunehmen, sind selbstverständlich die Konjunktionsmitglieder selbst. Diese haben hier eine vorzügliche Gelegenheit, ihre Bestände zu dem künstlich hochgehaltenen Kurse hinterherum loszumachen. Frippeler hat niemals eine bürgerliche Regierung mit den Inter-



## Heute ist Zahlabend.

Die Parteigassen haben hierbei Gelegenheit, die Mitgliedschaft der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ zu erwerben und Anteile zu zeichnen.

Genossen, nutzt die Gelegenheit, sorgt für Massenbesuch.



essen der breiten Massen geschieht, als es hier geschehen soll. Statt die kleinen Sparer abzufinden, will man umgekehrt auch die noch ausstehenden Ersparnisse der breiten Masse gewinnen, um den Großen noch in letzten Augenblick die Rettung aus dem beschriebenen Zusammenbruch zu ermöglichen. Es genügt, die Ausfaltungen von so hochgestellten Beurteilern, wie die des Herrn Dernburg, nachzulesen, um zu erkennen, daß unter Urteilen über die wirkliche Sachlage nicht auf grundsätzlicher Boreingenommenheit beruht. Ist dem aber so, dann muß der ganze Stützungsplan als ein öffentlicher Skandal angesehen werden, mit dem sich zu befähigen die Volkvertretung in Weimar alle Veranlassung hätte.

Soweit die Furcht. Wir möchten dazu noch bemerken, daß der ganze Plan nicht nur nationalökonomisch geradezu ungeheuerlich ist, weil er die fundierte Schuld zum Teil befreit und sie durch neue Notenumlaufe ersetzt, die neue Inflation (Vermehrung von in Wirklichkeit ungedeckten Papiergeldes und dadurch neue Preissteigerung) bedeutet, sondern daß er auch buchstäblich eine Unmöglichkeit darstellt. Die Ausgabe von Darlehnscheinen bedeutet eine neue, ganz unabweisbare Belastung unserer Finanzen. Und die Frage entsteht, wofür die Regierung das Recht nimmt, diese Ausgaben ohne parlamentarische Bewilligung zu machen. Dieser Liebesdienst für die großen Anleihebefitzer ist eine flagrant Unerschlichkeit und wir sind neugierig, ob sich die Nationalversammlung auch das noch gefallen lassen wird.

## Das monarchistische Offizierkorps.

Immer wieder muß die Ungeheuerlichkeit gebrandmarkt werden, daß die Rechtssozialisten in ihrer Furcht vor der Revolution die realen Machtmittel in die Hand der Offiziere des alten Systems und des alten Geistes gelegt haben. Wie konsequent diese Herren an der Befestigung ihrer Macht arbeiten, zeigt ein Artikel in der „Berliner Volkszeitung“, Herr Müller-Brandenburg, der an der Spitze des neugebildeten republikanischen Offizierbundes steht, erzählt da:

„Es muß gefordert werden, daß die Offiziere, die sich mit der Republik nicht abfinden können, in der Reichswehr nicht festhalten dürfen. Man gehe über diese Dinge nicht hinweg; es sind Fragen von brennendem Ernst! Bereits jetzt ist es reaktionären Elementen gelungen, zahlreiche demokratische und sozialistisch denkende Offiziere aus der Reichswehr und den Freimantentruppen hinauszudrängen. Es wird nach dieser Richtung hin ganz systematisch gearbeitet. So sind die Kommandeure aufgefördert worden, geheime Berichte über ihre Offiziere einzureichen. In diesen Berichten ist über die Tauglichkeit des Mannes, der in die Reichswehr aufgenommen werden soll, Auskunft zu geben. Die Entscheidung fallen die höheren Stäbe, das Kriegsministerium und das Personalamt. In allen diesen Stellen aber sitzen zumeist Offiziere, die unentwegt auf dem Boden des alten Systems stehen. Diese Herren entscheiden über die Wechselsberichte, und man kann sich ungescheh vorstellen, wie diese Entscheidungen ausfallen werden. Wenn — wie es geschieht — schon jetzt die unabweisbare republikanischen Führer an die Wand gedrückt, und — trotz Widerpruch ihrer Truppe, die naturgemäß das größte Vertrauen zu ihnen hat — abgeschoben werden, dann kann man sich ungefähr vorstellen, wie das Offizierkorps der Zukunft aussehen würde! Es ist daher unbedingt erforderlich, daß, neben der notwendigen militärischen Tüchtigkeit, die Stellung des einzelnen zur Republik als Grundlage zur Anstellung in der Reichswehr gemacht wird.“

Hier wird also von einem genauen Kenner die Umwandlung der Reichswehr in ein Werkzeug monarchistischer Gegenrevolution skizziert. Mühen wird das natürlich gar nicht, ist doch der Rost selbst wieder nur das willenlose Werkzeug dieser monarchistischen Offiziere!

## Bestrafung deutscher Soldaten durch die Polen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat bei der französischen Militärmission in Berlin Protest gegen die Erschießung von zwei deutschen Soldaten erhoben, die von den Polen auf neutralem Gebiet festgenommen und durch ein sofort eingesetztes Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden sind, ohne daß die Soldaten die geringste strafbare Handlung begangen

haben. Das Urteil soll trotz wiederholter Versuche der deutschen Kommandostellen, eine Aufschübung zu erzielen, bereits am 6. Juli mittags vollstreckt worden sein.

In der Note wird die Verletzung der Schuldigen gefordert, ein Verlangen, dem wir uns vollkommen anschließen unter der Voraussetzung, daß der Fall so liegt, wie ihn die deutsche Note schildert. Der Vorfall zeigt, wie ungeheuer die Demoralisierung der Truppen allseitig gestiegen ist und wie gering Menschleben jetzt geachtet werden. Deshalb liegt hier kein „unerhörter Fall polnischer Bestialität“ vor, sondern wie die ähnliche Praxis im inneren Krieg in Deutschland zeigt und wie besonders der Fall des Kapitän Bracht gezeigt hat, eine allgemeine Erscheinung des Militarismus, dessen Grausamkeit von den jeweils Herrschenden gebilligt wird und nur dann verurteilt wird, wenn sie selbst davon betroffen werden.

## Warum ist ein Streik polnisch?

Die Antwort auf die vorstehende Frage gibt der „Vorwärts“ in einem Bericht über die Verharmung der streikenden Straßenbahner, in der gegen den „Vorwärts“ und gegen die Bezirksleitung der S. V. D. heftige Normirte wegen ihrer Stellung gegen den Streik erhoben wurden. Der „Vorwärts“ schreibt:

„Der Streik ist gewiß kein politischer. Wenn man aber verletzliche Beschuldigungen gegen den „Vorwärts“ erhebt, um damit das Judentum der S. V. D. zu schädigen, so brückt man der wirtschaftlichen Bewegung eines politischen Stempel auf.“

Also, nun weiß es ja jeder!

## Der „Kläger“ Schneppenhorst.

Wie wohl wir in unserem Nachruf für Eugen Levine sprachen, als wir erklärten, wenn einer für die Errichtung der Räterepublik die Verantwortung hat, so sei das allein der königliche Militärminister Schneppenhorst und nicht Levine, das ergab deutlich die bisherige Beweisaufnahme in dem Prozesse, den Schneppenhorst wegen „Beleidigung“ gegen die Münchner „Neue Zeitung“ angezettelt hatte. Uebereinstimmend bekundeten, wie aus München gemeldet wird, die Zeugen, daß Minister Schneppenhorst in der fraglichen Sitzung am 4. April in der die Deputation aus Augsburg die sofortige Ausrufung der Räterepublik verlangte, sich für die Räterepublik einzusetzen versprochen habe. Zu diesem Zweck, belumdeten die Zeugen weiter, sei er nach Nürnberg gefahren, um dort für die Räterepublik zu wirken. Er habe sogar selber gesagt, daß er es gewessen sei, der die Verhaftung des Obersten Epp und der anderen Offiziere hervorgerufen habe. Ferner habe er sich mit seinem Kopfe dafür eingesetzt, daß nichts gegen die Errichtung der Räterepublik unternommen werden würde.

Im weiteren Verlaufe sagten allerdings einige Zeugen im entgegengesetzten Sinne und für Schneppenhorst günstig aus, jedoch waren die Zeugen vor allem Offiziere, welche mit Schneppenhorst zusammengehandelt hatten. So behauptete der militärische Berater des Militärministers im reinsozialistischen Ministerium, Major Pauli, daß Schneppenhorst sich stets gegen die Räterepublik ausgesprochen habe. Im gleichen Sinne erklärte sich Schneppenhorsts ehemaliger Generalstabschef Hauptmann Bilsh.

## Die Bankbeamten und der Schiedspruch.

Die Versammlung der Bankbeamten, die gestern abend im Lehrerbereichshaus tagte, zeigte den geschlossenen Willen, den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses abzulehnen. Marx besprach eingehend die verschiedenen Paragrafen des Tarifes und er kam zu dem Schluß, daß der Vertrag ein Schandvertrag sei. Die von den Unternehmern aufgestellten Bedingungen seien zu 95 Prozent angenommen worden. Durch ihre Verschleppungspolitik hätten es die Arbeitgeber erreicht, daß der 1. Juli, der Schlichtungstag für den Beginn des Streiks, nunlos, vorübergegangen sei. Die Ablehnung des Schiedspruchs, die Herr Marx den Bankbeamten empfahl, bedeute nicht den Eintritt in den Streik. Es bleibe den Beamten der einzelnen Betriebe überlassen, je nach Lage der Beschäftigung eine entsprechende Taktik zu üben. Die Bankbeamten fordern nunmehr für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober eine Entschädigungssumme von 1000 Mark für Verheiratete und 1000 Mark für Ledige. Im Sinn dieser Ausführungen wurde eine Resolution angenommen.

Marx besprach auch eingehend den sogenannten Fall Emonts. Er wies nochmals darauf hin, daß die Verhaftung Emonts in erster Linie das Werk der Bankdirektoren gewesen sei. Die kommunistische Propaganda, die Emonts unter der Befehl der besetzten Gebiete getrieben haben soll, sei unter Billigung der Regierung geschehen. Unter großer Erregung der Versammlung wies Marx darauf hin, daß auch er dauernd unter Verhaftung werde. Seine Wohnung liege dauernd unter Verhaftung. Er habe sich deshalb schon zweimal der Staatsanwaltschaft freiwillig gestellt. Diese habe ihm aber jedesmal versichert, daß nichts gegen ihn vorzöge.

Emonts, der mit großem Jubel empfangen wurde, bat die Bankbeamten anzuhören und den Behauptungen, die der Staatsanwalt gegen ihn aufgestellt habe, seinen Glauben zu schenken. Er habe immer nur das Wohl der Bankbeamten im Auge gehabt. Seine Blucht sei keine Feigheit gewesen. Er sei jederzeit bereit, sich der Staatsanwaltschaft zu stellen, wenn ihm von dieser die Zusicherung gegeben würde, daß er nicht nach Köln in die Hände der Engländer ausgeliefert würde. Emonts schloß: Sobald ich die Gewißheit habe, daß mein Prozeß in Berlin durchgeführt wird, werde ich freiwillig in meine Zelle zurückgehen und der Staatsanwaltschaft und der Regierung, die mich in der unglaublichen Weise verdächtigt haben, Ehrfurcht um Ehrfurcht versehen. Bevor Emont den Saal verließ, wurden die Ausgänge auf einige Minuten gesperrt, um einer Verhaftung Emonts vorzubeugen.

Die Vertrauensmänner des Deutschen Bankbeamtenvereins der Berliner Großbanken lehnten gestern gleichfalls den Schiedspruch ab. Derselbe Beschluß wurde mit 204 gegen 6 Stimmen bei 6 Enthaltungen gefaßt.

## Verbot des Kongresses der Lazarettinsassen.

Aus Hamburg meldet W. T. B.: Das Korps Lettow-Gorbeck teilt mit: Dem zum 12. Juli hier einberufene Kongress der Lazarettinsassen Deutschlands findet nicht statt wegen des Verlangens der Verhandlungstermin im Neuring-Prozeß. Die Staatsanwaltschaft Dresden hat den Termin für den Neuring-Prozeß auf Montag, den 21. Juli, vormittag, angesetzt. Angeklagt sind 11. Bezügliches darunter 9 insofern gemeinschaftlichen Vorbe-

